

Bücherwelt

Autor(en): **Marti, Urs / Kästli, Tobias / Gerber, Adrian**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ursachen rassistischer Gewalt

F. Balke, R. Habermas, P. Nanz, P. Sillem (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1993. 307 Seiten, Fr. 25.90.

Im Dezember 1992 fand in Frankfurt ein Kongress statt, der nach Auskunft der HerausgeberInnen des vorliegenden Bandes die Suche nach Ursachen des brutalen Ausbruchs rassistischer Gewalt in Deutschland vorantreiben sollte. Zu den Ursachen gehört zweifellos der in Deutschland besonders wirkungsmächtige „Mythos einer Abstammungsgemeinschaft, die auf Blutsbande, notfalls auch auf Bekenntnisse setzt“. Er konnte laut Günter Frankenberg bisher verhindern, „das Recht der Staatsangehörigkeit und Einbürgerung auf das Niveau einer demokratisch verfassten Gesellschaft anzuheben“. Strittig sind freilich, wie die Beiträge zeigen, weniger die Ursachen des Fremdenhasses als die Strategien zu seiner Bekämpfung.

Die Forderung nach einer Grundgesetzreform, gemäss welcher die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte künftig auch in Deutschland nicht mehr an ethnische Voraussetzungen (*ius sanguinis*) gebunden sein darf, sondern aufgrund der Geburt im staatlichen Territorium gewährt werden soll (*ius soli*), stiess nicht auf Widerspruch. Kontrovers wurde dagegen die Frage diskutiert, ob die Aufwertung „ethnischer Differenz“ dieses politische Programm begünstigt oder nicht vielmehr gefährdet. Claus Leggewie folgt dem postmodernen Zeitgeist und plädiert für eine „Gesellschaft ohne kulturelles Zentrum und ohne hegemoniale Mehrheit“. Dagegen befürchtet Dan Diner, die auf dem Weg

der politischen Integration anzustrebende Neutralisierung ethnisch-kultureller Unterschiede werde durch die „institutionelle Anerkennung von Differenz“ faktisch zu nichte gemacht. Wie zynisch der von Deutschen verkündete Multikulturalismus angesichts der realen Diskriminierungssituation auf eine in Deutschland lebende Türkin wirken kann, schildert Saliha Scheinhardt in ihrem eindrücklichen Bericht.

Eine Reihe weiterer Artikel beleuchtet die Situation in anderen westlichen Ländern. François Dubet zeigt den Zusammenhang zwischen der durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen bedingten Krise des Integrationsprozesses und der abnehmenden Integrationsfähigkeit des republikanisch-universalistischen Projekts in Frankreich. Dass die ethnische Herkunft eines Menschen seine „Identität“ nur in geringem Ausmass bestimmt, wird in George Lipsitz' Impressionen aus Los Angeles deutlich, besonders in der Geschichte eines bekannten schwarzen Musikers griechischer Herkunft und eines Chicano-Rock'n'Roll-Stars, der „herkunftsmässig“ ungarischer Jude von der Ostküste ist.

Besonders hinweisen möchte ich auf die Beiträge von Etienne Balibar und Elaine Scarry. Nach Ansicht liberaler BeobachterInnen hat 1989 in Europa eine demokratische Revolution stattgefunden. Balibar widerspricht diesem Befund: Ein demokratisch legitimer und demokratisch funktionierender Staat existiert nicht; die von der neoliberalen Wirtschaftspolitik geforderte soziale Deregulierung geht mit dem Abbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten einher; vor diesem Hintergrund muss die Ausbreitung des europäischen Rassismus gesehen werden. Auf der Tagesordnung steht deshalb der Aufbau einer europäischen Öff-

fentlichkeit, bestehend aus Bewegungen, die sich durch politische Ziele definieren, also nicht durch ethnische, nationale oder kulturelle Identifikationen. Dass diese Probleme der Integration und Ausgrenzung, ja selbst der Wahrnehmung der Fremden immer mehr zur zentralen Herausforderung für das politische Selbstverständnis demokratischer Gemeinwesen werden, wird bei der Lektüre des Buches

klar. Nötig ist, so glaubt Elaine Scarry, ein neuer Gesellschaftsvertrag. Sie erinnert an jene Grundannahme, die aus zentralen Texten der liberalen wie der marxistischen Lehre spricht, wonach „der Gesellschaftsvertrag uns neu schafft“ und „einen Hebel darstellt, über den wir auf uns selbst einwirken und uns einer beständigen Revision unterziehen können.“

Urs Marti

Eine Idee von Wohlfahrt und Wohlstand

Walter Kälin und Rupert Moser (Hg.), Migrationen aus der Dritten Welt. Ursachen – Wirkungen – Handlungsmöglichkeiten. Publikation der Akademischen Kommission der Universität Bern. 3., aktualisierte und stark erweiterte und ergänzte Auflage, Verlag Paul Haupt Bern 1993. 326 Seiten Fr. 38.–.

Wie wirkt sich die Einwanderung von Menschen aus der Dritten Welt auf die schweizerische Gesellschaft aus? Was kann bis jetzt aus soziologischer, ökonomischer, ethnologischer, völkerrechtlicher und kultureller Sicht dazu gesagt werden? Wissenschaftler verschiedener Fakultäten haben sich an einem Symposium im Haus der Universität in Bern mit diesen Fragen befasst. Die Referate wurden publiziert, später überarbeitet, ergänzt und erweitert. Das Resultat ist das hier angezeigte Buch, das aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln die Probleme der Migration analysiert und auch einige flüchtlingspolitische Handlungsvorschläge präsentiert.

Besonders lesenswert scheinen mir zwei Aufsätze zur Migrationstheorie. Der eine stammt vom holländischen Historiker *Piet C. Emmer* und setzt bei der Geschichte der Kolonisierung der Welt durch Europa an: Alles habe damit begonnen, dass die Europäer in überseeische Gebiete auswanderten. Wenn wir heute eine umgekehrte Wanderungsbewegung erleben, sei es die

Folge davon, dass die ausgewanderten Europäer eine Idee von Wohlfahrt und Wohlstand in die Welt hinausgetragen hätten, die nun Hunderttausende von Zukurzgekommenen in allen Weltteilen dazu bewege, diese Wohlfahrt und diesen Wohlstand anderswo als in ihrer Heimat zu suchen.

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Zürich, wählt einen ähnlichen Ansatz, meint aber, die Ausbreitung des europäischen Wertsystems hätte auch ohne Kolonisierung im Sinn staatlicher Okkupation stattgefunden. Heute sei es jedenfalls so, dass trotz politischer „Entkolonialisierung“ die „Wertdiffusion“ weiterhin statfinde. Unter anderem handle es sich dabei um eine Diffusion im wörtlichen Sinn, nämlich um die weltweit ausgestrahlten amerikanischen und europäischen Fernsehprogramme! Dank dieser Wertdiffusion entstehe heute so etwas wie eine Weltgesellschaft. Diese sei, parallel zu nationalen Gesellschaften, in eine internationale Unterschicht, eine internationale Mittelschicht und eine internationale Oberschicht aufgeteilt. Zu dieser geschichteten Weltgesellschaft gehöre, gemäss dem in ihr herrschenden „Geist des Kapitalismus“, dass soziale Mobilität von unten nach oben erlaubt sein müsse. Nun sei aber diese soziale Mobilität in der Weltgesellschaft sehr oft an geographische

Mobilität geknüpft: „Millionen von Menschen sind nicht länger bereit, auf den Erfolg kollektiver Bemühungen zu warten, sondern suchen durch die Auswanderung eine Verbesserung ihrer individuellen Le-

benslage zu erreichen.“ Zur Weltgesellschaft gehört also zwangsläufig auch die weltweite Migration!

Tobias Kästli

Konkordanz oder Konkurrenz?

Heidrun Abromeit / Werner Pommerhne (Hg.). Staatstätigkeit in der Schweiz. Verlag Haupt, Bern 1992. 350 Seiten, Fr. 42.—.

Hg. Stiftung für Geisteswissenschaften: Die Schweiz: Aufbruch aus der Verspätung. Weltwoche-ABC-Verlag, Zürich 1991. 654 Seiten, Fr. 48.60.

Es geht um die seit einigen Jahren viel diskutierte Frage, ob das schweizerische System der halbdirekten Demokratie und der Konkordanz ausgedient habe und ob es in ein System wechselnder Mehrheiten umgebaut werden müsse, also in ein Konkurrenzsystem nach dem Muster der englischen oder der deutschen parlamentarischen Demokratie. Diskussionsgrundlage ist die 1975 unter dem Titel „Politische Innovation und Verfassungsreform“ publizierte Habilitationsschrift von Raimund E. Germann. Seine Analyse war als Beitrag zur inzwischen festgefahrenen Totalrevision der Bundesverfassung gedacht. 1990 hat Germann seine Thesen neu aufgenommen, und zwar unter dem Aspekt der Europafähigkeit der schweizerischen Bundesverfassung.¹ Er ist der Meinung, die Volksrechte seien zurückzubinden und das Parlament zu stärken, also die Bundesverfassung in Richtung eines parlamentarischen Systems umzubauen.

Was sagen andere schweizerische und ausländische Politologen und Politologinnen

dazu? Der Sozialdemokrat *Wolf Linder*, Politologieprofessor an der Universität Bern, scheint mit Germanns Stossrichtung einig zu gehen. In seinem Beitrag im Buch „Die Schweiz: Aufbruch aus der Verspätung“² stellt er fest, die politische Basiskultur in der Schweiz sei schon lange einem Erosionsprozess unterworfen, die Wahl- und Abstimmungsdemokratie scheine zu erlahmen. Je härter die politischen Verteilungskämpfe würden, desto schwieriger sei es, der Tugend der Verständigung und des Kompromisses nachzuleben. Die links-grüne Minderheit im Parlament werde vom Bürgerblock majorisiert, die Fronten seien erstarrt, wechselnde Koalitionen würden immer seltener. Damit verliere die Konkordanz ihre innovative Kraft. Die Interessen der „haves“ könnten sich schon im vorparlamentarischen Verfahren generell besser durchsetzen als die Interessen der „have-nots“.

Ist die parlamentarische Demokratie wirklich ein Ausweg aus der politischen Verkrustung? „Eine Stärkung von Regierung und Parlament dürfte auf jeden Fall notwendig sein, um die Schweiz im künftigen Europa handlungsfähig zu machen“, schreibt Linder. Er fügt aber hinzu: „Diese Reformen müssen nicht zwangsläufig in ein bipolares System münden.“ Die englische Tradition mit den zwei grossen Parteien, die sich je nach Wählergunst in der Regierung ablösen, ist nicht Linders Ideal.

¹Raimund E. Germann. Zur Europafähigkeit der schweizerischen Bundesverfassung. In: Jahrbuch der schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft. Bern 1990. Vgl. auch ders., Staatsreform. Der Übergang zur Konkurrenzdemokratie. Verlag Paul Haupt, Bern 1994.

²Das Buch ist das Ergebnis einer Bestandesaufnahme schweizerischer Politik, Wissenschaft, Technik, Religion und Kultur, wie sie von der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften Anfang der neunziger Jahre angeregt wurde. Wir beschränken uns in dieser Besprechung auf den politologischen Teil.

**Das Malaise
im Konkordanz-
system ist
unübersehbar,
aber dasjenige
der konkurrie-
renden Systeme
ist keineswegs
geringer.**

Ihm schwebt eine komplexere repräsentative Demokratie mit vielfältigeren Gruppierungen vor, die sich in wechselnden Koalitionen zu tragfähigen Mehrheiten zusammenschliessen. Die Voraussetzung dafür sieht er nicht in einem generellen Abbau der Demokratie, sondern im Gegenteil in einer Stärkung der demokratischen Kultur, die sich auch auf die Wirtschaft, die Schulen usw. ausweiten müsse. Ob demokratische Instrumente wie Referendum, Initiative usw. ausgebaut oder im Gegenteil beschränkt werden sollen, sei von Fall zu Fall zu prüfen. Linder kennt da keine Tabus, denn für ihn sind diese Instrumente nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Demokratisierung der Gesamtgesellschaft. So kann er sich eine Einschränkung des Referendumsrechts durchaus vorstellen, allerdings nur dann, „wenn dafür ein grösserer Einfluss über die Ausübung des Wahlrechts als Demokratiegewinn in Aussicht gestellt werden kann.“

Das alles bezieht sich, wohlgemerkt, nur auf den Bund. Bei den Gemeinden und Kantonen sieht Linder recht gute Überlebenschancen für die halbdirekte Demokratie und für das Konkordanzsystem. Er glaubt sogar, dass in den kleineren politischen Einheiten die Volksrechte in kreativer Weise weiterentwickelt werden können. Eine Bestätigung dafür ist das im Kanton Bern mit der neuen Kantonsverfassung eingeführte Instrument des Volksvorschlags.³

Neustens haben sich auch ausländische Politologen und Politologinnen vermehrt für das schweizerische Politsystem interessiert. *Heidrun Abromeit*, Professorin für politische Soziologie an der Universität Duisburg, hat zusammen mit ihrem Kollegen *Werner Pommerehne* eine Reihe gewichtiger Aufsätze zum Thema in einem Sammelband unter dem Titel „Staatstätigkeit in der Schweiz“ vereinigt. Die gan-

³ Vgl. Urs Bolz, *Demokratie: Reformen in den Kantonen — Perspektiven für den Bund?* Referat vom 19.3.93 vor der schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung.

ze Prominenz der schweizerischen Politologie kommt hier direkt zu Wort oder wird zumindest ausführlich zitiert. Die Herausgeberin selbst befasst sich in ihrem Aufsatz mit dem Gegensatz zwischen dem „Consensus“ und dem „Majoritarian Model“. Dem exemplarischen Konkordanzsystem Schweiz hält sie den Spiegel des konkurrenzsystemischen Paradesalles Grossbritannien vor. Der interessante Befund dieses Vergleiches ist, dass neben Unterschieden auch starke Gemeinsamkeiten im Politikoutput auftreten. Wenn die breite Interessenberücksichtigung in der Schweiz zu Immobilismus und „non-decision making“ führe, so erscheine im Königreich der vermeintliche radikale Wechsel zwischen Tories und Labour bei näherem Hinsehen als blosser Wechsel der Rhetorik und der politischen Symbole; dahinter verstecke sich eine ähnliche politische „Bewegungslosigkeit“. Dass jedoch die britische Politik auch grössere Bewegungsfähigkeit an den Tag legen kann, hat die Regierung Thatcher bewiesen.

Auch die weiteren Aufsätze deutscher und österreichischer Autorinnen und Autoren tragen dazu bei, die Schweiz innerhalb eines (realen) Spektrums von Politsystemen zu verorten. Das Fazit aus dem wirtschaftspolitischen Vergleich zum kleinstaatlichen Nachbarn Österreich lautet: Während der eher „liberale Korporatismus“ der Eidgenossenschaft innerhalb der Rahmenbedingungen der achtziger Jahren eine ökonomisch günstige Option darstellte, zerbrach der „soziale Korporatismus“ der Donaurepublik, was zu „irreparablen Schäden in der österreichischen Sozialpartnerschaft“ führte. Der Vergleich zwischen schweizerischen und bundesdeutschen Institutionen führt zu folgender Erkenntnis: Die dank Initiativrecht relativ schnelle Reaktion der eidgenössischen Politik auf neue Problembereiche wird durch den im Vergleich zur BRD langwierigeren helvetischen Gesetzgebungsprozess wieder aufgehoben.

Im Schlussteil des Buches ziehen *Franz*

Lehner und Heidrun Abromeit Bilanz. Lehner verweist auf einen wirtschaftspolitisch begründeten Transparenz- und Öffentlichkeitsbedarf der Schweizer Politik hin. Abromeit rundet in einer bestechenden Überblicksdarstellung ab. Sie nimmt die einzelnen Befunde und Thesen der AutorInnen des Buches noch einmal auf,

stellt sie einander gegenüber und kommentiert sie, um dann abschliessend festzustellen, das Malaise im Konkordanzsystem sei unübersehbar, aber dasjenige der konkurrierenden westlichen Systeme sei keineswegs geringer.

Adrian Gerber und Tobias Kästli

Hat die Zauberformel ausgezaubert?

Hg. SP Schweiz: Wie soll die Schweiz regiert werden? Papier der Arbeitsgruppe Regierungsreform vom Juni 1993.

Eine Arbeitsgruppe der SP Schweiz hat sich mit der politologischen Diskussion um „Konkordanz oder Konkurrenz“ intensiv auseinandergesetzt. 1992 hatte sie den Auftrag erhalten, zuhanden des Parteivorstands die Spielräume der SP-Regierungspolitik zu prüfen, und im Juni 1993 hat sie die Ergebnisse ihrer Arbeit in Form eines zwanzigseitigen Papiers vorgelegt. Sie schlägt vor, die Diskussion solle nicht mehr um die Begriffe „Konkordanz“ und „Konkurrenz“ kreisen, sondern sich mit den Möglichkeiten bipolarer und multipolarer Systeme auseinandersetzen. Das bipolare System würde dem Konkurrenzsystem der parlamentarischen Demokratien entsprechen; es wird von der Arbeitsgruppe verworfen. Der Schweiz angepasster sei das multipolare System, das auf wechselnden Mehrheiten beruht: Zu bestimmten Sachproblemen bilden sich jeweils neue Mehrheiten. Ein solches System sei ergebnisorientiert und vermöge eher zu sachbezogenen Lösungen zu führen als ein auf harter Konfrontation beruhendes System. Vor-

aussetzung für das Funktionieren dieses System sei allerdings, dass die Bundesregierung aus dem Korsett der „Zauberformel“ befreit werde.

Die Arbeitsgruppe hat die Möglichkeiten der Volkswahl und der Proporzwahl des Bundesrates geprüft und verworfen; sie schlägt die sogenannte *Blockwahl* vor: Die Bundesversammlung wählt den Bundesrat aufgrund vollständiger Siebnerlisten. Die Liste des gewählten Bundesrates muss die absolute Mehrheit der Bundesversammlung auf sich vereinigen. Am Anfang jeder Legislaturperiode und bei jedem Rücktritt erfolgt eine Gesamterneuerungswahl. Bei einem solchen System müsste die Diskussion über die KandidatInnen beim Aufstellen der Listen geführt werden, und es wäre dann nicht mehr möglich, einer Partei durch heimliche Absprache zwischen den andern Parteien in letzter Minute eine unerwünschte Kandidatur aufzuzwingen. Die Blockwahl lässt die Möglichkeiten für eine Allparteienregierung wie auch für eine Mehrheitsregierung mit Koalitionsabsprache offen. Wenn die SP für diese Idee genügend Unterstützung fände, wäre mittelfristig eine Rot/Grün/Mitte-Regierung wie in der Stadt Bern auch auf Bundesebene nicht mehr ausgeschlossen.

TK

Mit der Idee der Blockwahl wäre eine Rot/Grün/Mitte-Regierung auch auf Bundesebene nicht ausgeschlossen.

Geschichte des Internationalen Frauentags

Katrin Holenstein und Elisabeth Ryter: Rote Fahnen – lila Tücher. Zur Geschichte des Internationalen Frauentages in der Schweiz. Hg. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Bern 1993. 123 Seiten broschiert, Fr. 16.- (zu beziehen bei der EDMZ, 3000 Bern).

Die neue Frauenbewegung der siebziger Jahre hat die Manifestationen zum Internationalen Frauentag jeweils am 8. März neu aufleben lassen. Seit wann gibt es eigentlich diesen Frauentag, wie ist er entstanden? Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann wurde immer wieder um Auskunft gebeten, verfügte aber über keine genauen Angaben und beauftragte deshalb die Berner Historikerin Elisabeth Ryter und die Politologin Katrin Holenstein, die Sache zu erforschen. Die beiden Frauen haben eine knappe, aber gehaltvolle Geschichte des 8. März geschrieben.

Die Wurzeln des Internationalen Frauentages liegen in Kopenhagen, wo 1910 die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz stattfand, die sich speziell mit der Forderung des Frauenstimmrechts befasste. Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin, die eigentliche Initiatorin der Tagung, legte eine Resolution vor, in der die sozialistischen Frauen aller Länder aufgefordert wurden, jedes Jahr einen Frauentag zu organisieren, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenrecht dient“. Dabei solle die Frauenfrage „der sozialistischen Auffassung gemäss beleuchtet“ werden. Der Kongress verabschiedete diesen Aufruf, und als Datum des ersten Internationalen Frauentags wurde der 19. März 1911 festgelegt, ein Sonntag, an dem gleichzeitig an die in Berlin gefallenen (männlichen) Revolutionäre von 1848 erinnert werden konnte.

In der Schweiz fand der Internationale Frauentag von Anfang an grosse Beachtung, und die „Vorkämpferin“, das Organ des Schweizerischen Arbeiterinnenverbands, räumte diesem Anlass viel Platz ein. In den Aufrufen der „Vorkämpferin“ zum Frauentag wird die Ambivalenz der sozialistischen Frauenbewegung deutlich, die einerseits die frauenspezifischen Forderungen herausstreichen und die frauenspezifischen Werte propagieren wollte, die es andererseits aber doch nicht vermochte, sich von den Strategien und Wertsetzungen der „roten Patriarchen“ völlig abzukoppeln. Anders war es vielleicht nur im Ersten Weltkrieg, wo manche Frauen angesichts der von Männern verursachten und verübten Greuelthaten ein starkes feministisches Selbstbewusstsein entwickelten. So schrieb die schweizerische Frauensekretärin und Redaktorin der „Vorkämpferin“, Marie Walter-Hüni, zum Frauentag 1916, die Frauenfrage rücke immer stärker in den Vordergrund, denn der „Weltkrieg, diese äusserste Ausgeburt des Mannswesens, rollt sie in ihren tiefsten Tiefen auf. Er zeigt in unverhüllter Deutlichkeit die bedingungslose Unterordnung des spezifisch Weiblichen unter die Faust, unter den Willen und die Bedürfnisse des Mannes.“ – Dies zu ändern, waren die Frauen aufgerufen. Aber sie wollten und mussten Rücksicht nehmen auf die nur schwer zu knackende Männerherrschaft. Sie mussten bescheiden auftreten und, soweit sie in linken Organisationen eingebunden waren, sich immer wieder mit den von Männern festgelegten Parteiparolen identifizieren, sich also der Hoffnung hingeben, der von den linken Parteistrategen vorgezeichnete Klassenkampf werde zur Befreiung des Proletariats, der ganzen Menschheit und damit auch der Frauen führen.

Der Internationale Frauentag wurde in der

Die Wurzeln des Internationalen Frauentages liegen in Kopenhagen, wo 1910 die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz stattfand.



Bild: Iris Krebs

Inselspital Bern: Doreen (Deutschland), Katharina (Schweden), Renata (Schweiz), Claudine (Schweiz), Josef (Indien), Konrad (Italien), Barbara (Nigeria/Schweiz).

Schweiz zunächst noch nicht am 8., sondern an irgendeinem Tag im März gefeiert. So hielten es jedenfalls die Sozialdemokratinnen. Erst durch die Abspaltung der Kommunistinnen kam das Datum des 8. März ins Spiel. Die 1919 entstandenen Kommunistischen Internationale wies nämlich ihre Anhängerinnen an, zum Gedenken an die Arbeiterinnendemonstration vom 8. März 1917 in Petrograd dieses Datum zu wählen. Viel später wurden allerlei Legenden in Umlauf gesetzt, um die kommunistische Herkunft des 8. März zu verschleiern, und heute ist dieser Tag ganz selbstverständlich der Internationale Frauentag.

Soviel zur Klärung der Wurzeln. Die beiden Autorinnen leisten in ihrer Untersuchung aber viel mehr. Sie verfolgen die Geschichte des Internationalen Frauentags in der Schweiz durch alle die Jahrzehnte bis heute, wobei Elisabeth Ryter die frühere Zeit (rote Fahnen) und Katrin Holenstein die Zeit der neuen Frauenbewegung (lila Tücher) behandelt. Von Höhepunkten und Tiefpunkten ist die Rede,

von der SAFFA 1928, von der Rolle der Frauen in der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre und während des Zweiten Weltkriegs, von der Enttäuschung, als das Frauenstimmrecht auch nach dieser „nationalen Bewährungsprobe“ nicht durchgesetzt werden konnte, vom zeitweiligen Untergang des Frauentages in der Zeit des Kalten Krieges, von der „Verhausfraulichung“ der Frauenbewegung in den fünfziger und sechziger Jahren und von der Wiedererweckung in den siebziger Jahren bis hin zu den neusten Entwicklungen und Tendenzen.

Nützlich sind die in den Text eingestreuten biographischen Angaben zu einigen Frauen der älteren Frauenbewegung (Marie Walter-Hüni, Rosa Grimm, Rosa Bloch, Elsa Tobler, Gertrud Düby, Margrit Kissel, Anna Siemsen, Mascha Oettli). In der zweiten Hälfte der Broschüre fallen die Photos der Berner Photographin Helga Leibundgut auf, die als ganz wesentliche Dokumente zu neuen Frauenbewegung angesehen werden müssen. Anna Baltzer-Rohner hat als Verantwortliche für die

Die Autorinnen verfolgen die Geschichte des 8. März in der Schweiz von den Anfängen bis heute.

Bilddokumentation sehr sorgfältige Arbeit geleistet.

Die beiden Autorinnen haben viel Quellenmaterial verarbeitet und auch die Untersuchungsergebnisse ihrer forschenden Kolleginnen mit berücksichtigt. Die äusserlich so bescheidene Broschüre erweist sich dem Inhalt nach als erstaunlich reichhaltig und erbringt den Nachweis dafür, dass die so lange verdrängte Frauengeschichte dank der Arbeit vieler Histo-

rikerinnen allmählich Konturen gewinnt. Das Heft wird unentbehrlich sein für alle, die sich mit der Geschichte der Frauenbewegung in der Schweiz befassen.

TK

P.S. Für speziell Interessierte stehen auf dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in Bern die Ordner mit dem von den beiden Autorinnen verwendeten Quellenmaterial zur Verfügung.

Entwicklung in Afrika

Axelle Kabou: Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weisse Helfer. Mit einem Vorwort von Regula Renschler. Lenos Verlag Basel, 1993. 260 Seiten, Fr. 34.-

Gespannt war ich auf Axelle Kabous Buch, schon seit ich das erste Mal davon gehört hatte, als es vor zwei Jahren erstmals (auf französisch) erschien. Genau wie es Regula Renschler im Vorwort beschreibt, habe ich damals die Reaktionen auf Kabou wahrgenommen: Die einen wanden sich vor Entsetzen, die andern fanden kaum Worte für ihren Enthusiasmus. Die Frische, die Unverfrorenheit, die offensichtliche Freude an der Provokation gefallen mir an Axelle Kabous Buch auch noch, nachdem ich es nun gelesen und neben aller Begeisterung auch einiges zu mäkeln gefunden habe. Unnötig, fast kontraproduktiv wirkt für mich Renschlers Warnung, das Buch sei ein Pamphlet, was im deutschsprachigen Raum nicht so bekannt und akzeptiert sei wie im französischen, deshalb werde die Form der Streitschrift oft missverstanden. Ungewohnt ist die Form, ja; aber gerade sie trägt massgeblich zum Lesevergnügen bei. Niemand kommt ungeschoren davon, allen gibt Kabou noch eins obendrauf. Das gilt zum Beispiel für

jene, die letztlich denken, Entwicklung sei „eine Sache der Weissen“, also der weissen Entwicklungshelfer, welche durch die Strapazen in Malariasümpfen und korruptem Beamtenfilz ihr historisches Schuldgefühl läutern und so ganz nebenbei ein Herrenleben mit Bediensteten führen können, welches im Westen nur noch den ganz Reichen vorbehalten ist. Genau so gelten die Giftpfeile Kabous natürlich den afrikanischen Counterparts, die sich kraft ihrer Herkunft jeglicher Verantwortung entziehen und ein Leben in Demut fristen, passiv auf den Input in Form von Finanzspritzen oder technischem Know-how wartend wie weiland Robinsons Freitag.

Afrika solle die Fenster öffnen und frische Luft hereinlassen, die Wissenschaft und ihre Codes in seine Sprachen und sein Denken aufnehmen, statt noch mehr Zeit zu verschwenden und auch Ende des 20. Jahrhunderts noch die Erklärung allen Übels in der Sklaverei zu suchen, welche vor vier Jahrhunderten den Kontinent ausgeblutet habe. In einem gewagten Vergleich mit der Geschichte Japans zeigt Axelle Kabou auf, wie Afrikas Geschichte auch gesehen werden kann: Sowohl Japan wie auch Afrika seien zur Zeit des Eindringens der europäischen Seefahrer intern blutig zerstritten gewesen. Herrscher in

**Die weissen
Entwicklungshelfer
läutern ihr
historisches
Schuldgefühl und
führen nebenbei
ein Herrenleben
mit Bediensteten.**

Japan wie in Afrika hätten in der Folge ihre Bündnisse mit verschiedenen europäischen Mächten zu ihrem Vorteil zu nutzen gesucht. Der grundsätzliche Unterschied liege darin, dass die Afrikaner einander gegenseitig den Europäern als Sklaven verkauft hätten, was von Japan in keinem einzigen Fall bekannt sei.

Solche Rundumschläge freilich spritzen Dreck weitherum, ohne in die Tiefe zu gehen. Erstaunlich fand ich in Kabous Buch die mangelnde Differenzierung zwi-

schen sozialen Klassen. Mal klagt sie alle an, mal ausdrücklich nur die Intellektuellen und/oder die Profiteure des heutigen Systems. Frauen und Männer werden nicht unterschieden, Junge und Alte nur insofern, als sie nun doch bei einigen Jungen eine Umbruchstimmung ausmachen kann. Zur Holzhammermethode greift Axelle Kabou auch bei der Beschreibung ihrer Zukunftsvision für Afrika: Entwicklung heisst Fortschritt heisst Kapitalismus!

Simone Gretler

Die andere Seite der Entwicklungshilfe

Rudolf Högger: Wasserschlange und Sonnenvogel. Die andere Seite der Entwicklungshilfe. Waldgut Verlag, Frauenfeld 1993. 340 Seiten, Fr. 49.—.

„Das Gefühl, in meinem Beruf (der Entwicklungszusammenarbeit) von einem wesentlichen Teil der wirklichen Entwicklungskräfte abgeschnitten zu sein“, führte den erfahrenen Berner Entwicklungsexperten Rudolf Högger dazu, dieser ‚anderen Seite‘ nachzuspüren. Sie erschien ihm in seinen Aufenthalten in Nepal naheliegend. ‚Die andere Seite‘ konkretisiert sich ihm in der nepalesischen Bildsprache, in Sagen, in den Tempeln, Bauernhäusern und Landschaften, die als Abbilder einer geistigen Ordnung verstanden werden können. „Der Tempelhof ist Lebensraum, und die Landschaft ist Tempel. Beides weist über sich selbst hinaus auf eine selbstverständliche, andere Wirklichkeit. Dies ist das Wesensmerkmal eines dem Westen fremd gewordenen Kulturbewusstsein.“ Högger geht von neun spezifischen Aspekten der Schlange-Vogel-Symbolik aus, die er kundig ausführt, und umkreist dann in neun Kapiteln die Chancen und Schwierigkeiten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Wasserschlange und Feuervogel sind die in der nepalesischen Kultur omnipräsenten Symbole von ‚unten‘ und ‚oben‘, von Energie und Herrschaft, von Dynamik und Dramatik des Kampfes seelischer Kräfte. Sie können dazu dienen, die Erfolge und Misserfolge der Entwicklungshilfe vor den unbewussten Hintergründen der Seele verständlich zu machen. Wir LeserInnen werden in diesem schönen, sorgfältig aufgebauten und illustrierten Buch auf eine innere Reise geführt. Wir tauchen in die nepalesische Bilder- und Lebenswelt ein, erleben Konflikte zwischen westlichen Experten und einheimischer Symbolwelt und lernen, wie im Kulturkonflikt selbstverständlich Scheinendes fremd und unverständlich wird. Dieses Erleben von Fremdheit in einer anderen Kultur und in sich selber wird vor allem anhand von Träumen von westlichen Entwicklungsfachleuten und nepalesischen Frauen und Männern einleuchtend als eigene innere Fremdheit verständlich gemacht. Aus seinem tiefenpsychologischen Verständnis heraus unternimmt Högger den meines Erachtens ganz wesentlichen Versuch, Träumen – die eben keine Schäume, sondern Signale innerer, unbewusster Vorgänge sind – in der technisch-wissenschaftli-

Die Symbole der nepalesischen Kultur können dazu dienen, die Erfolge und Misserfolge der Entwicklungshilfe bewusst zu machen.

chen Entwicklungshilfe einen ernstzunehmenden Platz einzuräumen. Lernen in der Entwicklungshilfe stösst auf äussere und innere Kulturkonflikte. Intuition und aufgeklärtes Expertenwissen, Vorgänge im Unbewussten und rationales Planen und Machen in der Entwicklungsarbeit sind konfliktträchtige Paare. Auf der einen Seite scheint Fortschritt, auf der anderen Rückständigkeit zu stehen, und das erschwert oder verunmöglicht sogar den kreativen Dialog, den Högger anstrebt. Ich möchte als Beispiel das siebte Kapitel näher beleuchten. Es geht darin um die schöpferische Schlange, das heisst um die tragenden, beschützenden und wegweisenden Funktionen dieses Tiers. Die nepalesische Kultur ist erfüllt von Schlangensymbolen und entsprechenden Ritualen und Festen. Sie machen deutlich, dass die geheimnisvollen Urkräfte der Schlange nicht als solche schon schöpferisch sind, sondern der bewussten Zuwendung und Gestaltung des Menschen bedürfen. Der ehrfürchtige Umgang damit ist jener nach der Suche von schöpferischen und erhaltenden Kräften des Lebens. Högger fragt, welche Kräfte im Unbewussten nepalesischer Frauen und Männer wirksam sein können und welche Konsequenzen dies für die Entwicklung eines Dorfes, einer Region und damit für die Entwicklungshilfe haben kann. Er schildert in der Folge einen erstaunlichen Wandel im Verhalten der Nepalesen gegenüber dem Wald in Basaha, den er aus keinem System äusserer, soziokultureller Faktoren zu erklären vermag. Am Beispiel der Umkreisung des Waldes als Ritual verweist er auf die inneren Gestaltungs(Schlangen)kräfte, welche die Entwicklung mitprägen und gefährliche sowie schöpferische Aspekte beinhalten.

Dieser teilweisen Widersprüchlichkeit in der Entwicklungshilfe gerecht werden zu können, ist eine Hauptaufgabe der ExpertInnen. Grundlage dazu ist die Akzeptanz der Widersprüchlichkeit als solcher – so wie ein Sthapati, ein indischer Tempelbaumeister, die Fähigkeit haben muss, „im jeweiligen Augenblick das Richtige zu erspüren und aus einer inneren Lebendigkeit heraus zu entscheiden.“

„Vertrauter zu werden mit der ‚anderen Seite‘ der Entwicklungshilfe heisst nicht in erster Linie, Studien darüber anzustellen, was sich an Hintergründigem in der Dritten Welt abspielt; wichtiger ist es, uns bewusst zu machen, welche hintergründigen Kräfte in uns selber und in unserer eigenen Gesellschaft die Entwicklungszusammenarbeit mitgestalten.“ Es kommen in diesem Buch viele beängstigende Träume und Phantasien westlicher Experten zusammen. Es sind Träume, die danach verlangen, verstanden und ins eigene Leben und Arbeiten integriert zu werden, da sie unser Leben ohnehin beeinflussen. In diesem Verständnis können sie durch den Austausch, durch das Mit-Teilen ihre Bedrohlichkeit verlieren. „Vielleicht können solche Schritte dazu beitragen, die Entwicklungszusammenarbeit von einer westlich geprägten Technik zu einer Kunst werden zu lassen, an der alle Völker und alle Seiten des Menschen Anteil haben.“ Die heutige Konjunktur ist einem solchen Anliegen nicht unbedingt günstig gestimmt. In schwierigen Zeiten liegt der Schritt zum Machen nahe. Um so wichtiger und ermutigender erscheint mir Höggers Plädoyer für einen Bewusstseinschritt, der ein anderes Handeln vorbereitet und begleitet.

Katharina Ley